

VORWORT

Menschenrechte statt Schuldendienst!

Wie Deutschland jetzt seiner Verantwortung gerecht werden muss

Bild: Mellenchin/Misereor



Pirmin Spiegel ist seit 2012 Hauptgeschäftsführer und Vorstandsvorsitzender von Misereor. Er studierte Theologie und Philosophie und wurde 1986 zum Priester geweiht.

Im vergangenen Jahr hat die internationale Staatengemeinschaft eine Halbzeitbilanz der Umsetzung der Agenda 2030 und der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) gezogen. Mit einem ernüchternden Ergebnis: Bei mehr als der Hälfte der Ziele ist nur schwacher oder unzureichender Fortschritt zu verzeichnen, bei einem Drittel ist der Trend sogar rückläufig. Besonders dramatisch sieht es beim Kampf gegen den Hunger aus (SDG 2). Die globalen Krisen und ihre Folgen haben in vielen Ländern tiefe Spuren hinterlassen.

2024 müssen die Regierungen von verschuldeten Staaten im Globalen Süden so viel wie noch nie an ausländische Gläubiger zurückzahlen: Mehr als eine Milliarde US-Dollar pro Tag fließen in den Schuldendienst. Mehr als 3,3 Milliarden Menschen – fast die Hälfte der Menschheit – leben dem UN-Bericht „A World of Debt“ zufolge in Ländern, die mehr für die Begleichung ihres Schuldendienstes ausgeben als für Bildung oder Gesundheit. Der UN-Generalsekretär bezeichnet diese Abwärtsspirale als „systemisches Versagen“ der Weltgemeinschaft.

Bild: Martina Waiblinger



Prof. Dr. Andrés Musacchio ist ein argentinischer Ökonom, der aufgrund seiner Herkunft regelmäßig mit Verschuldungskrisen zu tun hat. In der Forschung an der Universität Buenos Aires, als Dozent und als Studienleiter der Ev. Akademie Bad Boll befasst er sich mit Verschuldungsfragen. Seit 2019 vertritt er die Akademie im Bündnisrat von erlassjahr.de.

Der Schuldendienst drängt viele hochverschuldete Länder zudem dazu, massiv zu exportieren – denn nur über einen Außenhandelsüberschuss können sie die nötigen Devisen erwirtschaften. Dies zwingt die Staaten vielfach zu drastischen Maßnahmen: Der Konsum der eigenen Bevölkerung wird beschränkt, Nachhaltigkeitskriterien und Arbeitsrechte in der Produktion werden vernachlässigt, die Natur wird einem System neokolonialer Ausbeutung geopfert. Diese Zusammenhänge machen deutlich: Die globale Schuldenkrise ist eine der wesentlichen Ursachen für Hungersnöte und ein maßgeblicher Grund, warum die SDGs nicht erreicht werden.

Die von erlassjahr.de und Misereor im Schuldenreport 2024 analysierte weltweite Verschuldungssituation zeigt eine fortgesetzte Schuldenkrise in vielen Ländern des Globalen Südens. So ist die Zahl der mindestens leicht kritisch verschuldeten Länder mit 130 von 152 untersuchten Ländern auf einem vergleichbar hohen Niveau wie im Corona-Krisenjahr 2020; damals waren es 135 von 148 untersuchten Staaten (vgl. „*Verschuldete Staaten weltweit*“, ab S. 8). Doch für die betroffenen Länder hat sich in dieser Zeit kein nachhaltiger Ausweg eröffnet: Die existierenden Entschuldungsverfahren bleiben unzureichend und werden weiterhin von den Interessen der Gläubiger dominiert.

Nach wie vor besteht eine der größten Herausforderungen darin, alle für die Lösung der Schuldenkrise eines Landes verantwortlichen Akteure und Gläubiger an einen Tisch zu bringen, um

über ausreichende Schuldenerleichterungen zu verhandeln. Unsere Analyse zeigt die Komplexität der Gläubigerlandschaft: Der Großteil der Forderungen gegenüber Ländern im Globalen Süden wird von privaten Gläubigern gehalten, gefolgt von den multilateralen Entwicklungsbanken. Aber auch bilaterale Gläubiger wie Deutschland spielen weiterhin eine Rolle. Dadurch, aber vor allem durch ihren politischen Einfluss auf private und multilaterale Gläubiger, tragen Länder wie Deutschland große Verantwortung für faire Entschuldungen: 70 Prozent der Forderungen an den Globalen Süden liegen im Verantwortungsbereich der EU- und G7-Staaten (vgl. *„Gläubiger weltweit“*, ab S. 20).

Als Reaktion auf Schuldenkrisen werden viele Länder zu massiven staatlichen Austeritätsmaßnahmen gezwungen – auch, da die Gläubiger kaum bereit sind, auf Forderungen zu verzichten. Dies führt oft zu tiefgreifenden Einschnitten im Bereich sozialer Grunddienste. In Sri Lanka beispielsweise leiden die Menschen im Alltag unter stark gestiegenen Preisen für Lebensmittel und Energie. Gleichzeitig wird der Sozialstaat immer mehr abgebaut, der Zugang zu kostenloser Bildung und zu universeller Gesundheitsversorgung eingeschränkt. Als Folge nimmt die Unterernährung zu, ebenso steigt die Zahl der Schulabbrüche und die Jugendarbeitslosigkeit (vgl. *„Austerität, Ausgrenzung und Sozialabbau: Facetten der Schuldenkrise in Sri Lanka“*, ab S. 44).

Hochverschuldete Länder wie Sri Lanka müssen jetzt den haushaltspolitischen Spielraum bekommen, den sie benötigen, um den Zielen der Agenda 2030 entscheidend näher zu kommen und eine Transformation hin zu nachhaltigen und zukunftsfähigen Gesellschaften einzuschlagen. Dabei muss insbesondere die Bewältigung der Klimakrise im Vordergrund stehen. Schuldenerleichterungen können Staatshaushalte entlasten und so bei der Stärkung der Resilienz gegen die Folgen des Klimawandels helfen. Über ein befristetes Zahlungsmoratorium im Falle von Klima- und Naturkatastrophen hinaus muss ein faires Entschuldungsverfahren dazu beitragen, dass der betroffene Staat langfristig wirtschaftlich handlungsfähig wird. So könnte die Suche nach Instrumenten zum Umgang mit der Klimakrise sogar ein Katalysator sein, um den politischen Stillstand zu überwinden, der eine dauerhafte Lösung im globalen Schuldenmanagement verhindert (vgl. *„Faire Entschuldung für mehr Klimagerechtigkeit“*, ab S. 36).

Für die dringend notwendige sozial-ökologische Transformation in Zeiten multipler Krisen spielt die Entwicklungszusammenarbeit eine zentrale Rolle. Doch dafür stehen immer weniger öffentliche Mittel zur Verfügung. In Deutschland hat die Regierung ein rigoroses Sparprogramm für den Haushalt 2024 beschlossen: minus acht Prozent für das „Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ und minus 18 Prozent für die humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt. In voller Fahrt legt die Bundesregierung damit den Rückwärtsgang ein – gerade, wenn die öffentliche Unterstützung für die Menschen, die ganz besonders unter den Auswirkungen der globalen Krisen leiden, am größten sein sollte. Damit beugt sie sich nicht nur haushaltspolitischen Zwängen, sondern auch den populistischen Stimmen, die sich hierzulande wie international von dem politischen Prinzip globaler Solidarität abwenden und einer kurzsichtigen Logik folgend vermeintliche nationale Interessen betonen.

Doch gerade jetzt, da der Druck auf die Haushalte in hoch verschuldeten Ländern weiter steigt, brauchen wir eine Trendwende bei der langfristigen Finanzierung für nachhaltige Entwicklung. Und wir brauchen ein entschiedenes politisches Eintreten der Bundesregierung für eine Lösung der globalen Schuldenkrise. Dabei müssen die Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung in den betroffenen Ländern ins Zentrum rücken. Denn die Gewährleistung und Sicherstellung der Menschenrechte ist die zentrale Bedingung für eine friedlichere und gerechtere Welt, von der unser aller Zukunft abhängt.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Andrés Musacchio und Pirmin Spiegel